

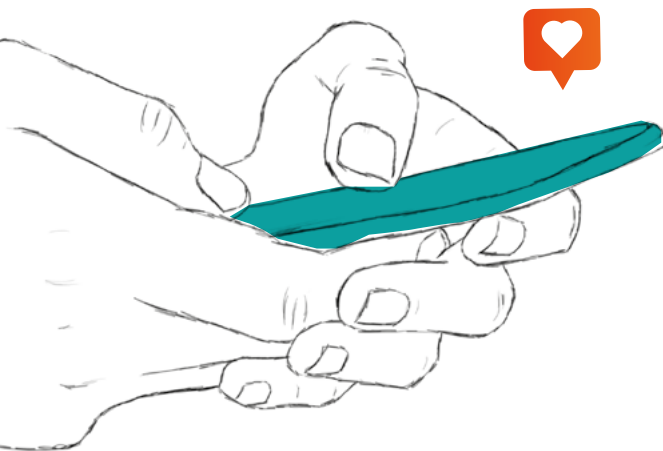
RECHTE ANGRIFFE IM NETZ

*Auswirkungen und
Handlungsempfehlungen*



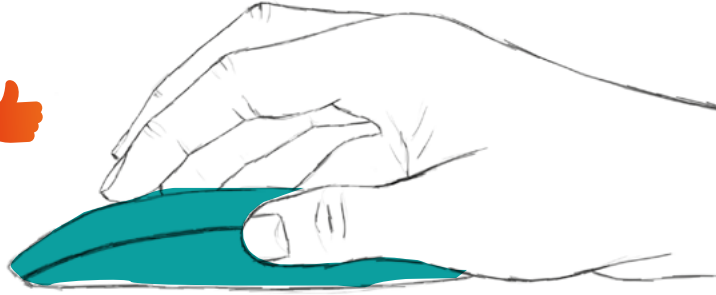
RECHTE ANGRIFFE IM DIGITALEN RAUM

Je stärker Rechte und Rassist:innen auch soziale Medien für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie nutzen, desto öfter finden dort Übergriffe statt.



In rechten Angriffen drücken sich bestimmte, historisch gewachsene und gesellschaftlich verbreitete Ungleichwertigkeitsdiskurse aus. Dazu zählen beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Neonazismus, Sozialdarwinismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Relevant sind dabei die Zuschreibungen der Täter:innen, nicht notwendigerweise tatsächliche Merkmale. Dies zeigt sich in vielfältiger Form auch im digitalen Raum:

In der Kommentarspalte von Postings in sozialen Medien werden hundertfach rassistische Äußerungen getätigt. Auf extrem rechten Webseiten werden die Namen und privaten Informationen von Politiker:innen, Journalist:innen und politischen Gegner:innen veröffentlicht. In Telegram-Kanälen werden antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet. Ein syrisches Kind wird von seinen Mitschüler:innen in der WhatsApp-Gruppe der Schulklasse rassistisch beleidigt. Frauen bekommen E-Mails mit explizit angelegter sexualisierter Gewalt, die sich gegen



sie und ihre Familien richten. Die E-Mails enthalten persönliche Daten, die von Polizeicomputern abgefragt wurden. Auf Meme-Boards werden zutiefst rassistische und antisemitische Bilder verbreitet, User:innen glorifizieren extrem rechte Attentäter:innen, teilen die Videos der Taten und rufen zur Nachahmung auf. Und immer wieder gibt es rechte Shitstorms, bei denen User:innen Kommentare und Nachrichten erhalten, in denen sie beleidigt und bedroht werden.

Seit es das Internet gibt, wird es von der extremen Rechten genutzt. Einerseits um sich zu vernetzen und Anhänger:innen zu rekrutieren, andererseits um menschenverachtende Positionen zu verbreiten und Andersdenkende zu beleidigen, zu bedrohen und zu diffamieren. Je stärker Rechte und Rassist:innen auch soziale Medien für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie nutzen, desto öfter finden dort Übergriffe statt. Und das oftmals mit gravierenden Folgen für die Betroffenen.

Im Internet treffen unterschiedliche Menschen und Meinungen aufeinander und durch die Nutzung der sozialen Medien haben alle die Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern. Dies schafft einen Raum für Vernetzung, Empowerment und konstruktive Diskussionen, aber auch für Beleidigungen, Bedrohungen und rechte Angriffe. Die extreme Rechte verfügt seit Jahren über Strategien, diesen Raum gezielt zu bespielen. Zentrale Ziele sind, die Grenzen des Sagbaren zu erweitern und

damit einen gesellschaftlichen Wandel nach rechts zu befeuern. Dabei werden Einzelpersonen oder Gruppen angefeindet, um diese auszugrenzen, sie mundtot zu machen und aus dem öffentlichen Diskurs zu entfernen. Hinzu kommt die Veröffentlichung privater Daten oder Fotos von politischen Gegner:innen mit dem Ziel, diese einzuschüchtern und in ihrem Alltag zu beeinträchtigen. Die Angriffe können alle treffen, die sich im Netz z. B. gegen Rassismus, Neonazismus, Antifeminismus positionieren oder sich für Klimaschutz, Gleichberechtigung und vielfältige Lebensweisen einsetzen. Dem entgegenzutreten ist damit auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen dafür sorgen, dass das Internet ein sicherer Ort wird. Mit dieser Broschüre möchten „Opferperspektive“, „SUPPORT“ und „zebra“ als Fachberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe mögliche Umgangsformen und Gegenstrategien für Betroffene und Unterstützer:innen aufzeigen und ihnen Unterstützungsangebote an die Hand geben.

Auswirkungen rechter Angriffe

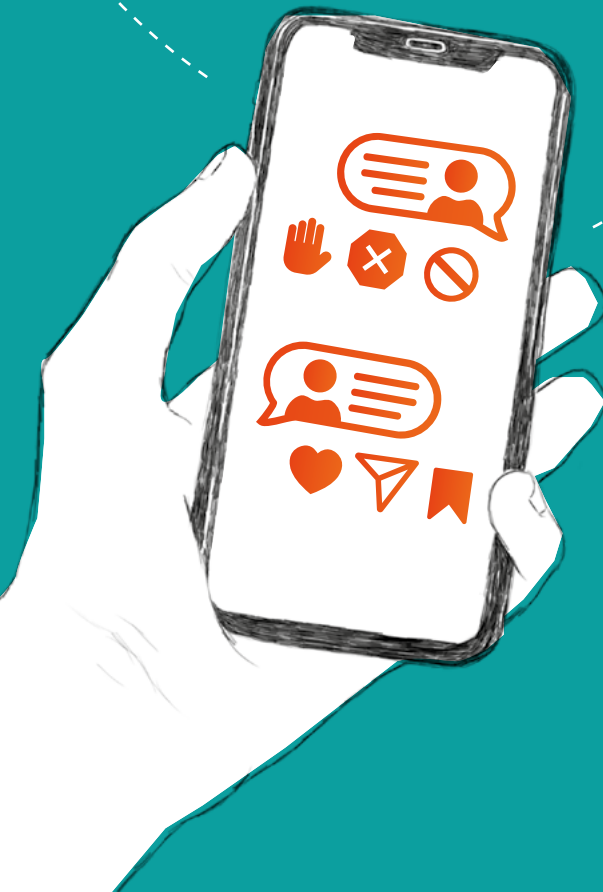
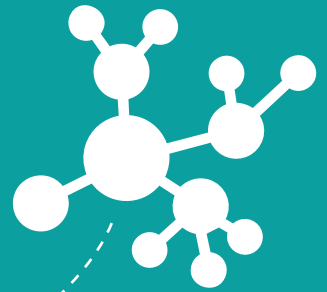
Das Ziel rechter Angriffe ist es, Angst zu verbreiten und Menschen einzuschüchtern, damit diese nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In digitalen Räumen gehört dazu auch, Menschen online wie offline zum Schweigen zu bringen und zu verhindern, dass sie sich äußern. Zu wissen, dass man nicht in ein rechtes Weltbild passt und dafür angefeindet oder bedroht wird, ist für Betroffene belastend. Wie immer bei rechten Angriffen entsteht für die Betroffenen auch bei Bedrohungen, Beleidigungen und Diffamierungen im digitalen Raum ein Gefühl von Unsicherheit. Dabei ist zu beachten, dass es eine große Gruppe von Betroffenen gibt, denn viele User:innen haben bereits Bedrohungen, Beleidigungen oder Diffamierungen im digitalen Raum erlebt. Diese Angriffe können für die Betroffenen eine enorme psychische Belastung darstellen, für die es unterschiedliche Bewältigungsstrategien gibt. Viele versuchen, sich von den Anfeindungen nicht beeinflussen zu lassen. Jedoch ziehen sich nicht wenige aus dem digitalen Raum zurück oder äußern sich nicht mehr zu bestimmten Themen. Meist haben sie dabei das Gefühl, die Täter:innen hätten gewonnen. Menschen, die im digitalen Raum arbeiten, haben meist gar nicht erst die Möglichkeit, über einen Rückzug zu entscheiden.

Rechte Angriffe im Netz stellen meist eine Ergänzung oder Verstärkung von Gewaltverhältnissen und -dynamiken dar. Zudem sind sie durch eine vermeintliche oder tatsächliche Anonymität oft enthemmter und nutzen eine rohere Sprache. Eine weitere Besonderheit von rechten Angriffen im digitalen Raum besteht in der Schwierigkeit, die konkrete physische Gefahrenlage einzuschätzen. Verfolgt die Person, die mir Morddrohungen schickt, vor allem das Ziel, mir Angst zu machen, oder steht dahinter ein konkreter Plan, mir körperlich zu schaden? Digitale Bedrohungen führen nicht zwangsläufig zu

körperlichen Attacken jenseits des Internets. Jedoch passiert auch das immer wieder. Die daraus entstehende Ungewissheit, wie real die Gefahr eines physischen Angriffs ist, stellt eine große Belastung für die Betroffenen dar.

Neben den individuellen Folgen für die direkt Betroffenen wirken rechte oder rassistische Einschüchterungsversuche fast immer über den Einzelfall hinaus und sind mit kollektiven Effekten verbunden. Familie, Kolleg:innen, Nachbar:innen oder der Freundeskreis können sich ebenfalls bedroht fühlen, auch wenn die Bedrohung nicht gegen sie selbst geäußert wurde. Wird eine Person öffentlich bedroht oder beleidigt, wissen viele, dass auch sie damit gemeint sein können. Dies gilt für den digitalen Raum verstärkt, da öffentlich ausgedrückte Einschüchterungsversuche einen deutlich größeren Personenkreis erreichen.

Neben den individuellen Folgen für die direkt Betroffenen wirken rechte oder rassistische Einschüchterungsversuche fast immer über den Einzelfall hinaus und sind mit kollektiven Effekten verbunden.





► Rechte Feindeslisten

Eine Journalistin berichtet seit Jahren über neonazistische Aktivitäten in ihrer Region und ist dabei in den Fokus von Neonazis geraten. Diese sammeln private Daten über die Journalistin und veröffentlichen sie gemeinsam mit den Daten weiterer Personen im Internet. In der anonymen Veröffentlichung wird zudem zu Gewalt gegen die Personen aufgerufen. In der Folge fühlt sich die Journalistin in ihrer Wohnung und ihrem Umfeld nicht mehr sicher und befürchtet, dass sie physisch angegriffen wird.

Informationen zum Umgang mit Feindeslisten gibt es beim Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG):

www.verband-brg.de/feindlisten

► Massenhafte Bedrohung im Kontext von Verschwörungserzählungen

Im Zuge der Corona-Pandemie teilt ein bekannter rechter Akteur über seinen Telegram-Kanal Verschwörungserzählungen. Auf diesem Kanal verbreitet er auch die E-Mail-Adresse einer Autorin, die ein Buch über Verschwörungsideologie geschrieben hat und in den sozialen Medien darüber aufklärt. Die Autorin erhält daraufhin unzählige Morddrohungen, die mit (sexualisierten) Gewaltfantasien, Beleidigungen und Bedrohungen verbunden sind. Über eine Fachberatungsstelle erstattet sie Anzeige bei der Polizei, um ihre eigene Adresse nicht angeben zu müssen. Aus ihrem Freundeskreis erhält sie viel Zuspruch und Unterstützung.

► Verleumdung auf TikTok

Ein aus Syrien nach Deutschland geflüchteter Mann lebt mit seiner weißen Partnerin in einer gemeinsamen Wohnung. In TikTok-Videos wird der Mann gezielt diffamiert und behauptet, er habe die minderjährige Tochter seiner Partnerin sexuell belästigt. Bei den Täter:innen handelt es sich um die Nachbar:innen, und neben den Anschuldigungen im Netz kommt es zu weiteren psychischen und physischen Angriffen im Wohnumfeld des Betroffenen. Die Angriffe werden bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Zudem wird gemeinsam mit einer Fachberatungsstelle und einer lokalen Sozialarbeiter:in die Hausverwaltung kontaktiert.





► **Shitstorm nach Engagement gegen rechts**

Ein Schüler zeigt in der Schule den Hitlergruß. Eine Mitschülerin, die sich in der Schule gegen rechts engagiert, zeigt ihn deshalb an. Für ihr zivilgesellschaftliches Engagement bekommt die Schülerin später einen Preis verliehen. In der Folge beginnt ein Shitstorm mit Todesdrohungen und antisemitischer Hetze im Netz, der mehrere Tage anhält. Gleichzeitig nehmen die Bedrohungen auch in der Schule zu, woraufhin die Schülerin lange an ihrem Engagement zweifelt und die Schule wechselt. Später vernetzt sich die Schülerin über die Fachberatungsstelle mit weiteren Aktivist:innen und sieht, dass sie in ihrem Engagement nicht allein ist.

► **Morddrohungen bei Online-Veranstaltung**

Ein Nachwuchspolitiker und „Fridays-for-Future“-Aktivist veranstaltet auf YouTube eine Online-Diskussion zum Thema Vielfalt. Kurz nach Start der Veranstaltung beginnen einige Zuschauer:innen, Hassbotschaften und Morddrohungen in den Kommentaren zu hinterlassen. Der junge Politiker ist erschrocken über die Drohungen, die sich gegen ihn und seine Gesprächspartnerin richten, aber will sich weiter für Gleichwertigkeit und gegen Rassismus einsetzen. Aus seiner Partei erfährt er zeitnah die Unterstützung, die ihm nach einem solchen Angriff zusteht.

► **Online-Bedrohung**

Eine Politikerin stellt im Landtag regelmäßig kleine Anfragen zu extrem rechten Aktivitäten. Nachdem der Inhalt ihrer Anfragen in einem Zeitungsartikel aufgegriffen wird, erhält sie wiederholt E-Mails, in welchen ihr und ihrer Familie, unter Anspielung auf die Vernichtungspraxis der Nationalsozialisten, mit dem Tode gedroht wird. Die Politikerin macht die Bedrohungen gegen sich öffentlich und zeigt sie bei der Polizei an.

Eine Lokalpolitikerin und Aktivistin engagiert sich in ihrer Stadt gegen extrem rechte Akteur:innen. Sie bekommt Droh-E-Mails, in denen ihr Gewalt und Vergewaltigungen angedroht werden. Eines Nachts wird ihr vor dem Haus geparktes Auto zerstört. Sie ist sich sicher, dass der Angriff politisch motiviert und Folge ihres politischen Engagements gegen rechts ist. Sie ist von der Zerstörungswut überrascht, aber will sich trotzdem nicht einschüchtern lassen. Nachdem sie die Vorfälle veröffentlicht, erfährt sie von vielen Menschen Solidarität.



HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

1. WAS KANN ICH TUN?

► **Blockieren**

In den sozialen Medien gibt es die Möglichkeit, andere Nutzer:innen zu blockieren. Diese können Ihnen dann keine Nachrichten mehr senden und sehen Ihr Profil nicht mehr. Um ein Profil zu blockieren, müssen Sie auf der zu blockierende Profilseite die Einstellungen öffnen und „blockieren“ auswählen. Damit Sie sich dabei nicht erneut dem Hass aussetzen müssen, bitten Sie Freund:innen oder Unterstützer:innen, dies für Sie zu übernehmen.

► **Melden**

Nicht alle rechten Äußerungen sind strafbar, da auch Meinungen, die man grundlegend ablehnt, von der Meinungsfreiheit gedeckt sein können. Da solche Inhalte trotzdem gegen die Richtlinien von sozialen Medien verstoßen können, gibt es auf allen Plattformen die Möglichkeit, Beiträge (aber auch ganze Profile) zu melden. Meistens befinden sich die Buttons zum Melden in dem Post selbst. Nicht alle gemeldeten Beiträge werden gelöscht, selbst wenn sie gegen die Regeln der Plattformen verstoßen. Das kann sehr frustrierend sein. Wird ein strafbarer Inhalt trotz Meldung nicht gelöscht, besteht die Möglichkeit, dies anwaltlich prüfen zu lassen und gegebenenfalls juristisch dagegen vorzugehen. Allerdings ist dabei teilweise mit hohen Kosten zu rechnen.

Einen aktuellen und detaillierten Stand zu den Meldeverfahren der Plattformen finden Sie auf der Homepage der Amadeu-Antonio-Stiftung:

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Stichwort: Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien

► **Löschanträge**

Auch außerhalb von sozialen Netzwerken kann es im digitalen Raum zu Bedrohungen, Beleidigungen oder Diffamierungen kommen. Wenn dies auf einer Website ohne Impressum geschieht, lässt sich kaum dagegen vorgehen. Allerdings kann bei Suchmaschinen wie Google ein Antrag gestellt werden, dass die entsprechende Seite nicht mehr in den Suchanfragen auftaucht. Die Aussicht auf Erfolg ist jedoch geringer als bei Meldungen in sozialen Medien.

► **Melderegistersperre**

Jede Person kann beim Einwohnermeldeamt eine Melderegisterauskunft beantragen und so an Ihre Adresse gelangen. Um dies zu verhindern, können Sie eine Auskunftssperre im Melderegister beantragen. Damit diese Auskunftssperre gewährt wird, müssen Sie allerdings ein schutzwürdiges Interesse glaubhaft

Wird ein strafbarer Inhalt trotz Meldung nicht gelöscht, besteht die Möglichkeit, dies anwaltlich prüfen zu lassen und gegebenenfalls juristisch dagegen vorzugehen.



Wenn Sie von rechten Angriffen im digitalen Raum betroffen sind, bleiben Sie nicht allein! Es kann helfen, sich mit anderen Personen auszutauschen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

machen und gegebenenfalls nachweisen. Wenn Sie von rechten Angriffen im digitalen Raum betroffen sind, kann dies als Grund gelten. Ein erfolgreicher Antrag auf eine Auskunftssperre ist allerdings nicht garantiert. Die Fachberatungsstellen können Sie bei der Beantragung einer Melderegistersperre unterstützen. Aktuelle Informationen zum Thema Melderegistersperre gibt es beim Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG):

www.verband-brg.de/meldesperre

► **Austausch mit anderen**

Wenn Sie von rechten Angriffen im digitalen Raum betroffen sind, bleiben Sie nicht allein! Es kann helfen, sich mit anderen Personen auszutauschen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Gemeinsam können mögliche Maßnahmen besprochen werden, die bereits erfolgreich angewendet wurden. Manchmal hilft es auch schon zu hören, dass man mit einem Problem nicht allein ist, und Solidarität von anderen zu erfahren.

► **Unterstützung suchen**

Holen Sie sich Unterstützung in Form von vertrauten Personen und Fachberatungsstellen, die Ihnen bei der Aufarbeitung des Angriffs helfen und Sie bei der Bewältigung der Angriffsfolgen unterstützen können. Machen Sie sich bewusst, dass Sie nicht schuld an den Angriffen sind, die Sie treffen.

Eigene Daten schützen

Schützen Sie ihre Privatsphäre auch in digitalen Räumen. Überlegen Sie sich, welche privaten Daten (wie beispielsweise Klarname, Fotos, Adresse, Telefonnummer, E-Mail) Sie von sich veröffentlichen wollen. In sozialen Medien gibt es über die Privatsphäre-Einstellungen zudem die Möglichkeit, die Sichtbarkeit des eigenen Profils einzuschränken. Auch ein Pseudonym oder Nickname kann dabei helfen, die eigene Identität zu verbergen. Für jedes Konto sollten Sie ein eigenes, sicheres Passwort verwenden. Dabei kann ein Passwortmanager helfen. Sensibilisieren Sie ihr Umfeld zum Thema Datenschutz und überprüfen Sie, auf welchen Websites Daten über Sie zu finden sind (Arbeitgeber, Sportverein etc.). Überprüfen Sie in regelmäßigen Abständen Ihren Datenschutz. Besonders nach einem rechten Angriff empfiehlt es sich, genau zu prüfen, welche privaten Daten über Sie zu finden sind.



Checkliste Datenschutz

- ▶ Welche Daten sind in meinem Profil einsehbar?
- ▶ Kann ich die Privatsphäre-Einstellungen verbessern?
- ▶ Welche Daten und Informationen gebe ich durch meine Postings preis?
- ▶ Verwende ich ein sicheres Passwort?
- ▶ Welche Informationen lassen sich mit Suchmaschinen über mich finden?

▶ Abmahnungen:

Wenn Bilder oder private Informationen von Ihnen im Internet verbreitet werden, besteht unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, die verantwortliche Person abzumahnern. Dies geschieht über eine:n Anwalt:in. Diese:r kann prüfen, ob die Informationen privat und damit geschützt sind, es sich um legitime Meinungsäußerungen oder doch um falsche Tatsachenbehauptungen handelt. Sollten im Ergebnis die Informationen über Sie nicht verbreitet werden dürfen, kann die verursachende Person abgemahnt und zur Löschung aufgefordert werden. Unsere Fachberatungsstellen können Sie zum Abmahnprozess und möglichen Finanzierungsmöglichkeiten beraten.

▶ Anzeigen:

Bei allen Anzeigen ist es wichtig Ihre eigenen Daten zu schützen. Dafür kann über eine Fachberatungsstelle eine ladungsfähige Anschrift beantragt werden, die nicht ihr eigene ist.

Wenn Sie den Verdacht haben, dass es sich bei einem Posting oder einem Kommentar um eine strafbare Handlung handelt, können Sie diese anzeigen. Mögliche Straftatbestände können beispielsweise

Volksverhetzung, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, die Aufforderung zu Straftaten oder Beleidigungen sein. Eine Anzeige kann schriftlich oder mündlich bei Polizei oder Staatsanwaltschaft oder online auf der Internetwache der Polizei eingereicht werden. Für eine erfolgreiche Anzeige ist es wichtig die betreffende Äußerung zu dokumentieren. Dafür bietet sich ein Screenshot mit Zeitstempel an, auf dem zudem die URL des Postings zu sehen ist. Wenn Sie sich für eine Anzeige entscheiden, sollten Sie beachten, dass der oder die Beschuldigte im Rahmen des Ermittlungsverfahrens über seine:n Rechtsanwält:in Akteneinsicht erhält und so an Ihre Adresse gelangt. Um dem präventiv entgegenzuwirken kann eine Anzeige wegen Volksverhetzung oder der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auch anonym (mit einer anonymen Mail an die zuständige Staatsanwaltschaft), über eine:n Anwalt:in oder eine Fachberatungsstelle eingereicht werden. Bei einer Anzeige wegen Beleidigung oder Verleumdung ist eine anonyme Anzeige hingegen nicht möglich.

Checkliste beweissichere Screenshots

- ▶ Inhalt des Postings
 - ▶ Name des Accounts
 - ▶ Vollständige URL
 - ▶ Zeitstempel
 - ▶ Zweite Person, die die Daten bestätigen kann
- Weitere Informationen finden Sie unter:
www.hilfe-info.de
Stichwort: Beweissicherung im Netz



2. WIE KANN SOLIDARISCHE UNTERSTÜTZUNG AUSSEHEN?

Rechte Angriffe im Netz sind kein privates Problem Einzelner. Wenn Menschen attackiert werden, weil sie sich für Geflüchtete, Klimaschutz, Gleichberechtigung einsetzen oder gegen Rassismus, Diskriminierung und Neonazismus positionieren, sind wir alle gefordert.

► **Unterstützung anbieten**

Erfahren Sie von rechten Angriffen in ihrem Umfeld, seien Sie solidarisch und bieten Sie aktiv Ihre Unterstützung an. Betroffene fühlen sich nach rechten Angriffen häufig alleingelassen und sind mit dem Erlebten überfordert. Gespräche über das Erlebte und das Angebot zur Unterstützung können zeigen, dass es Verbündete gibt. Nehmen Sie dabei die Schilderungen der Betroffenen ernst. Weitere Informationen finden Sie in der Broschüre des VBRG „Im Fokus von Neonazis“ auf den Seiten 52 bis 55.

► **Accounts für andere betreuen**

Für Betroffene von rechten Angriffen im Netz kann es hilfreich sein, den eigenen Account zeitweise in die Hände einer vertrauten Person zu geben. Sie können die betroffene Person unterstützen, indem Sie den Account eine Zeit lang betreuen, Kommentare melden, Beweise sichern, Nutzer:innen blockieren und das Profil wieder nutzbar machen.

► **Solidarisch sein**

Zeigen Sie Betroffenen, dass sie nicht allein sind. Gegenrede kann einen Gegenpol schaffen und zeigen, dass es sichtbaren und öffentlichen Widerspruch zu rechtem Hass gibt. Allerdings können Sie dabei selbst in den Fokus von rechten Beleidigungen, Bedrohungen oder Diffamierungen geraten.

Das Projekt „LOVE-Storm“ bietet regelmäßig kostenlose Online-Trainings zu Gegenrede an.

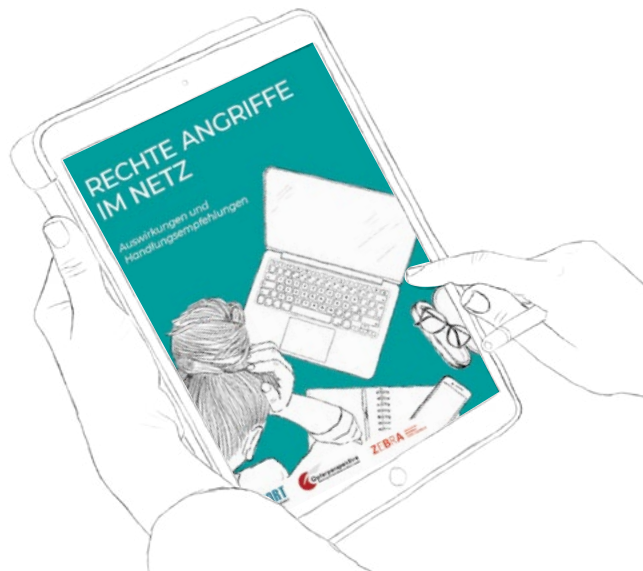
Mögliche Erfolg versprechende Argumentationsstrategien hat die Amadeu-Antonio-Stiftung in ihrer Broschüre „Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien – Handlungsempfehlungen“ zusammengefasst.

3. WIE UNTERSTÜTZEN FACHBERATUNGSSTELLEN?

Wenn Sie von einem rechten Angriff im digitalen Raum betroffen sind, können Sie sich Unterstützung bei den Fachberatungsstellen „Opferperspektive“ (Brandenburg), „zebra“ (Schleswig-Holstein) und „SUPPORT“ (Sachsen) holen. Weitere Fachberatungsstellen auch in Ihrem Bundesland finden Sie auf der Webseite unseres Bundesverbands VBRG: www.verband-brg.de/beratung

Angebote der Beratungsstellen:

- ▶ **Beratung**
Bei den Beratungsstellen finden Sie fachkundige Berater:innen, die mit Ihnen über den Umgang mit rechten Angriffen sprechen und Sie darin unterstützen, einen solchen Vorfall und die entsprechenden Folgen zu verarbeiten.
- ▶ **Unterstützung bei Dokumentation, Beweissicherung, Anzeigen**
Die Fachberatungsstellen können Ihre Fälle von rechten Angriffen dokumentieren und Sie bei einer möglichen Strafanzeige unterstützen. Zudem können die Fachberatungsstellen Fachanwält:innen vermitteln, Sie dorthin begleiten und zur entsprechenden Finanzierung beraten.
- ▶ **Unterstützung bei den Kosten**
Die Fachberatungsstellen unterstützen Sie dabei, weitere Finanzierungsmöglichkeiten für Betroffene von rechten Angriffen im digitalen Raum zu prüfen.
- ▶ **Unterstützung und Begleitung**
Die Fachberatungsstellen können Sie zu Terminen bei der Polizei oder vor Gericht unterstützend begleiten.
- ▶ **Risikobewertung**
Die Fachberatungsstellen unterstützen Sie dabei, das persönliche Risiko sowie das reale Gefahrenpotential abzuschätzen. Gemeinsam mit den Fachberatungsstellen können Sie gegebenenfalls die Polizei sowie die Staatsanwaltschaft einschalten.
- ▶ **Öffentlichkeitsarbeit**
Gemeinsam kann auch gezielt die Öffentlichkeit über die rechten Angriffe informiert werden.
- ▶ **Grundsätze unserer Beratung**
Unsere Beratung ist grundsätzlich vertraulich, kostenlos und auf Wunsch anonym.



Impressum

Herausgeber:

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.,
RAA Sachsen e.V. und Zebra e.V.

SUPPORT
FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT

 **Opferperspektive**
Beratung für Betroffene rechter Gewalt

ZEBRA Zentrum für
Betroffene
rechter Angriffe e.V.

V.i.S.d.P.: Robert Kusche (RAA Sachsen e.V.)

Autor: Tim Mönch

Gestaltung: gegenfeuer.net

Erschienen: 2021

Copyright: Diese Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0. International lizenziert. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Haftungsausschluss: Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber:innen keine Gewähr.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Fördermittelgeber dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber die Verantwortung.

gefördert durch:


 **TOLERANTES
BRANDENBURG**

 **LDZ.SH**
Landesdemokratiezentrum
Schleswig-Holstein


LPR

SH 
Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

Gefördert vom

 Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

 Demokratiezentrum
Sachsen

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

 Freistaat
SACHSEN

Opferperspektive

Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt

Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

☎ +49 331 817 000 0

✉ info@opferperspektive.de

www.opferperspektive.de

Beratungsstelle Support für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e.V.

Bautzner Straße 45/47

01099 Dresden

☎ +49 531 889 41 74

✉ opferberatung@raa-sachsen.de

www.raa-sachsen.de/support

www.raa-sachsen.de/onlineberatung

zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.

Kleiner Kuhberg 2-6

24103 Kiel

☎ +49 431 30140379

✉ info@zebraev.de

www.zebraev.de